## **PRESSEMITTEILUNG**

## **Das EU-Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte sollte private Anleger und den Fall Wirecard berücksichtigen**

**Brüssel, 31. Juli 2020** - Am 24. Juli 2020 kündigte die Europäische Kommission im Rahmen ihrer allgemeinen Strategie zur Erholung von der Corona-Krise das „[Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte](https://ec.europa.eu/info/publications/200722-proposal-capital-markets-recovery_en)“ an. Durch dieses Maßnahmenpaket sollen die Kapitalmärkte die europäischen Unternehmen bei ihrer Erholung von den Folgen der anhaltenden Corona-Krise leichter unterstützen können. Zu diesem Zweck schlägt die Europäische Kommission Änderungen der Kapitalmarktregeln vor, einschließlich einer Verringerung des Schutzniveaus für Anleger.

Als Vertreter der EU-Bürger als Nutzer von Finanzdienstleistungen hat BETTER FINANCE Verständnis für die Notwendigkeit derartiger vorübergehender Maßnahmen und die Priorität, die der verstärkten Finanzierung der Realwirtschaft eingeräumt wird. Diese Maßnahmen, die notwendig sind, könnten jedoch für private Anleger zusätzliche Risiken bergen und ihr Vertrauen in die Kapitalmärkte erneut untergraben. Daher ist BETTER FINANCE enttäuscht über die Tatsache, dass das Maßnahmenpaket keine Vorkehrungen vorsieht, um diesen Rückgang des Anlegerschutzes auszugleichen, und die jüngsten Empfehlungen des [Hochrangigen Forums](https://ec.europa.eu/info/publications/cmu-high-level-forum_en) der Europäischen Kommission [zur Kapitalmarktunion](https://ec.europa.eu/info/publications/cmu-high-level-forum_en) außer Acht lässt, die den EU-Bürgern als Anlegern auf den Kapitalmärkten endlich die Möglichkeit geben könnten, Wiedergutmachung zu erhalten, falls sie von Marktmissbrauch betroffen sind.

Konkret fordert BETTER FINANCE die Europäische Kommission auf, der [Empfehlung des Hochrangigen Forums zur Kapitalmarktunion (KMU)](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business_economy_euro/growth_and_investment/documents/200610-cmu-high-level-forum-final-report_en.pdf) zu folgen und endlich zuzulassen, dass nicht-professionelle Privatanleger in Kapitalmarktinstrumente in den Anwendungsbereich der geplanten [EU-weiten](https://betterfinance.eu/wp-content/uploads/Joint-BF-BEUC-letter-on-Collective-Redress-HLF-CMU-10-June-2020.pdf) Richtlinie über [kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren](https://betterfinance.eu/wp-content/uploads/Joint-BF-BEUC-letter-on-Collective-Redress-HLF-CMU-10-June-2020.pdf), die derzeit auf dem Tisch der europäischen Mitgesetzgeber liegt, einbezogen werden, und sicherzustellen, dass sie bei Marktmissbrauch Zugang zu Rechtsmitteln haben.

Der Bericht des Hochrangigen Forums zur Kapitalmarktunion sieht kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren als eine zentrale Empfehlung vor, um das Vertrauen der Finanzverbraucher wiederherzustellen und Investitionen von EU-Haushalten in die Realwirtschaft über die Kapitalmärkte attraktiver zu gestalten.

Guillaume Prache, Geschäftsführer von BETTER FINANCE, wies darauf hin, dass „*die jüngsten* [*empörenden Versäumnisse in den Bereichen Corporate Governance, externe Rechnungsprüfung und Aufsicht im Zusammenhang mit dem plötzlichen Zusammenbruch der Wirecard AG*](https://betterfinance.eu/publication/wirecard-ag-an-outrageous-case-of-corporate-governance-external-auditing-and-supervisory-failures-once-again-at-the-expense-of-investors-and-pension-savers/) *– bei dem Altersvorsorgeersparnisse von EU-Bürgern in Höhe von rund 20 Milliarden Euro zunichte gemacht wurden – deutlich zeigen, dass die EU-Regulierungsbehörden mehr unternehmen müssen, angefangen bei der Umsetzung eines ausgewogeneren Sanierungsplans für die Kapitalmarktunion, in dem die EU-Bürger als private Anleger und Altersvorsorgesparer nicht vergessen werden“*.

\*\*\*

Kontakt: Leiter der Kommunikationsabteilung ǀ Arnaud Houdmont ǀ +32 (0)2 514 37 77 ǀ houdmont@betterfinance.eu